



Protokoll der 7. Sitzung des Einwohnerrates

vom 20. Januar 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll vom 23. Dezember 2020 <i>://: Das Protokoll vom 23.12.2020 wird einstimmig genehmigt.</i>	
2. Polizeireglement – Berichte Stadtrat sowie Spezialkommission Polizeireglement zur Totalrevision des Polizeireglementes (ESL 700.1) <i>Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 17. März 2021 beraten.</i>	2019/154 2019/154a 2019/154b
3. Veloverkehr rund um den QP Weierweg und QP Aurisa – Bericht Stadtrat zum dringlichen Postulat «Führung des Veloverkehrs rund um den QP Weierweg und QP Aurisa überprüfen und verbessern» der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Der stadträtliche Bericht zum BPK-Postulat gemäss Vorlage Nr. 2020/204a wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen. Das Postulat Nr. 2020/204 wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.</i>	2020/204 2020/204a
4. Parkplatzkonzept – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zu Postulat «Parkraumkonzept für Liestal» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion sowie zu Postulat «Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion und Stefan Fraefel namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Der Einwohnerrat nimmt mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen vom Parkplatzkonzept gemäss Vorlage Nr. 2020/202a Kenntnis. ://: Das Postulat Nr. 2016/23 „Parkraumkonzept für Liestal“ wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben. ://: Das Postulat Nr. 2019/149 „Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen“ wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.</i>	2020/202 2020/202a 2016/23 2016/23a 2016/23b 2019/149 2019/149a 2019/149b

5. Recycling SBB-Baustelle – Interpellation betreffend Recycling auf SBB-Baustelle von Beat Gränicher der SVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-19
6. Ruftaxi statt Ortsbus – Postulat «Ruftaxi statt Ortsbus: Mehr öV zum kleinen Preis» von Stefan Fraefel und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-16)
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-16
7. Stillstandzeiten nutzen – Postulat «Stillstandzeiten nutzen» von Domenic Schneider und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Quartiererschliessung – Postulat betreffend Quartiererschliessung von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-18
2020-20
8. Vortrittsregelung-Änderung – Postulat «Änderung Vortrittsregelung Kasernen-/Seltisbergerstrasse/Kantinenweg» von Stefan Fraefel und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-25
9. Rathausstrasse – Postulat «Verbesserung Situation Rathausstrasse» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion und Loris Jeitziner der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-26
10. Buslinie 83 – Nichtformulierte Volksinitiative bzw. Postulat zur Wiedereinführung des 83er-Bushaltes auf dem Liestaler Wasserturmplatz, Bericht des Stadtrats
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020/198
2020/198a
11. Waldenburgerbahn – Interpellation «Neubau Waldenburgerbahn: Grundwasserfassung Helgenweid» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-28
12. Vereinsunterstützungen – Postulat «Gerechte Verteilung der Zentrumslasten: Bericht zur Unterstützung von Vereinen durch die Stadt Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion und Dominic Odermatt der FDP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-30
13. Mehrwertabgabe – Interpellation «Das Baselbieter Gesetz zur Mehrwertabgabe bei Ein- und Umzonungen wird angepasst – Auswirkungen für Liestal» von Benjamin Holinger und Michael Durrer der Grünen Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-31
14. Mehrwertabgabe – Motion «Mehrwertabgabe: neuen rechtlichen Spielraum ausnützen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Albert Siegwart der Grünen Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-32
15. Cargo Sous Terrain – Interpellation «Cargo Sous Terrain – Chance für Liestal?» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-33

- | | | |
|-----|---|---------|
| 16. | Veloverkehr – Postulat «Konzept Veloverkehr» der Bau- und Planungskommission (BPK)
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2020-34 |
| 17. | Bezahlte arbeitsfreie Tage 2021 – Interpellation «Bezahlte arbeitsfreie Tage im Jahr 2021» von Michael Durrer der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2020-35 |

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) begrüsst die Ratsmitglieder, den Stadtrat sowie die Medienvertreter und Gäste zur Januar-Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen und den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail der Sitzung zur Kenntnis gebracht worden.
 - Beim Eingang in den Landratssaal werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
 - Die Türen im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich. Die Fenster bleiben geschlossen.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und ca. 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies dem Vizepräsidenten anzeigen, damit dieser eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.
- Mit E-Mail des Ratsschreibers vom 15. Januar 2021 sind die Ratsmitglieder darüber informiert worden, dass gegebenenfalls am 25. März 2021 ein Fortsetzungssitzung stattfinden wird, sollten bis am Schluss der Sitzung vom 17. März 2021 zu viele der traktandierten Geschäfte nicht behandelt werden können.
- Gemäss Fraktionserklärung der SP-Fraktion an der letzten Ratssitzung vom 23. Dezember 2020 sollen wegen der Corona-Pandemie die Kommissionssitzungen per Zoom oder elektronisch stattfinden. Das Büro ist der Meinung, dass der Entscheid betreffend digitale Sitzungen den Kommissionen selbst überlassen wird.
- Als neues Ratsmitglied darf an der heutigen Sitzung Anja Weyeneth (SP) begrüsst werden, welche als Nachrückende von Joel Bühler der SP-Fraktion am 1. Januar 2021 ihr Amt angetreten hat.

Dominique Meschberger stellt die neue Ratskollegin kurz vor: Sie arbeitet seit gut 20 Jahren bei ESB Liestal und leitet die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit. Sie wohnt seit 15 Jahren in Liestal und hatte sich bereits vor 10 Jahren ehrenamtlich bei der IGOL engagiert. Auch war sie OK-Mitglied vom Stadtfest 2019. Seit einem Jahr ist sie im SP-Parteivorstand tätig. In ihrer Freizeit steigt sie auch gerne mal auf das Motorrad.

- Mit gestriger E-Mail sind die Ratsmitglieder vom Ratsschreiber über die Neuerungen im Zusammenhang mit dem Dauer-Stimmausweis sowie elektronischen Übermittlung der neuen Vorstösse informiert worden.

Tischpapiere

Als Tischpapier ist lediglich der neue Stimmausweis verteilt worden, welcher von den Ratsmitgliedern künftig an jede ER-Sitzung mitzubringen ist. Da der neue «Dauer-Stimmausweis» in Kartenformat etwas kleiner ist als bisher, ist dieser bei den künftigen Abstimmungen erst recht deutlich aufzuhalten.

Neue persönliche Vorstösse

Es sind keine neuen Vorstösse eingereicht worden.

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|----------------------------|--|
| - Jenny Yves (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bonjour Bernhard (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass der Rat ja ebenfalls darüber informiert wurde, dass Stadtverwalter Benedikt Minzer per Ende Mai 2021 gekündigt hat. Der Stadtrat bedauert seinen Entscheid, durfte man doch auf eine gute und enge Zusammenarbeit mit ihm während den letzten zehn Jahren zählen, in welchen er auch die Verwaltung geprägt und diese in einen Dienstleistungsbetrieb verwandelt hatte. Eine ausführlichere Würdigung wird er an seiner letzten Ratssitzung noch vornehmen. Der oder die Nachfolger/in wird vom Stadtrat gewählt und man muss davon ausgehen, dass die Stellenneubesetzung erst im Spätsommer oder Herbst möglich sein wird. Die Verwaltung ist gut aufgestellt und so wird man auch die Übergangszeit gut meistern.

In diesen Tagen konnte man den Medienmitteilungen entnehmen, dass ein historisches Bundesgerichtsurteil im Zusammenhang mit Härtefallbeitragsgesuche ergangen ist, welches das Kantonsgericht zu einer Prüfung des Gesuches der Stadt Liestal in einem dritten Rechtsgang verpflichtet. Aus Sicht des Stadtrates ist besonders die Feststellung der unsauberen Gerichtsbesetzung sowie die Behandlung der Willkür im Urteil wichtig. In dem dritten Rechtsgang verlangt die Stadt Liestal, dass die Sache nicht in einem Zirkularbeschluss mit der gleichen Gerichtsbesetzung entschieden wird, obwohl dies formell gesehen möglich wäre. Insofern wird

eine saubere und umfassende Prüfung des Gesuches verlangt, wie dies auch bei anderen Institutionen der Standard ist. Es sollen also statische Zahlen zur Beurteilung herangezogen und auch eine dynamische Zukunftssicht angeschaut werden. Erst nach einer solchen umfassenden Beurteilung kann sich die Stadt Liestal zufriedengeben. Selbstverständlich würde auch ein Gerichtsurteil akzeptiert werden, welches den Begehren der Stadt nicht entspricht, dies dürfe einfach nicht willkürlich sein.

Betreffend die Zufahrt zur Rathausstrasse ist ein Urteil unter der gleichen Gerichtsbesetzung ergangen, in welchem die Stadt gerügt wird. Dagegen wurden aber keine Rechtsmittel ergriffen, da der Fehler auf Seite der Stadt Liestal nicht von der Hand zu weisen ist.

Stadträtin Regula Nebiker informiert über die Rolle des Regionalen Führungsstabs (RFS) und dem Zivilschutz Ergolz, welcher zusammen mit der Gemeinde Lausen betrieben wird, beim Aufbau des Impfzentrums Lausen, um widersprüchlichen Medienmitteilungen zuvor zu kommen. In der Mehrzweckhalle Stutz hat der Zivilschutz innert einer Woche ein grosses Impfzentrum auf die Beine gestellt, was auch dank einer sauberen Planung möglich gewesen ist. Dieses Impfzentrum ist bereits in der Lage, bis zu 1'000 Personen pro Tag zu impfen und wäre so aufgestellt, um 2'000 Personen pro Tag zu impfen. Sobald der Impfstoff vorhanden ist, kann mit dem Impfen losgelegt werden. Die hervorragende Arbeit unserer Zivilschutzkompanie und des RFS werden besonders gelobt, auch weil diese oft im Hintergrund und unbemerkt abläuft.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend die Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Es werden die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 6. Januar 2021 an der heutigen Sitzung behandelt.

55 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle vom 23. Dezember 2020

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend das Protokoll vom 23.12.2020 eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.

Sie kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 23. Dezember 2020 wird einstimmig genehmigt.

56 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. **Polizeireglement – Berichte Stadtrat sowie Spezialkommission
Polizeireglement zur Totalrevision des Polizeireglementes, ESL
700.1 (Nr. 2019/154)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Mit gestriger E-Mail ist von Stefan Fraefel als Präsident der Spezialkommission Polizeireglement über 2 geringfügige redaktionelle Versehen bei § 57 Abs. 2 aufmerksam gemacht worden, welche im Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2019/154b nicht berücksichtigt sind:

§ 57 Abs. 2 lit. c (Parkierungsreglement)

NEU 1. § 15, Strafbestimmungen (...) STATT 3. § 15, Strafbestimmungen (...)

Begründung: redaktionelles Versehen, 1. statt 3. ist richtig

§ 57 Abs. 2 lit. l (Bestattungsreglement)

NEU 1. § 23, Titel neu "Strafbestimmungen" (...) STATT 1. § 31, Titel neu "Strafbestimmungen" (...)

Begründung: redaktionelles Versehen, § 23 ist zu ändern, § 31 existiert im Bestattungsreglement gar nicht.

Offensichtliche redaktionelle Fehler können auch ohne Beschlussfassung vorgenommen werden, doch wird sie formell den 1. Kommissionsantrag wie folgt ergänzen:

Der Einwohnerrat genehmigt sämtliche Änderungsanträge der Spezialkommission Polizeireglement zum Polizeireglement gemäss Synopse zum Kommissionsbericht Nr. 2019/154b mit Berücksichtigung der redaktionellen Änderungen von § 57 Abs. 2 gemäss E-Mail des Kommissionspräsidenten vom 19. Januar 2021.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt als Präsident der Polizeireglement-Spezialkommission den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2019/154b vor: Er bedankt sich einleitend für das pragmatische Vorgehen betreffend die redaktionellen Änderungen. Auch wenn die Kommission einige Änderungsanträge stellt, bedeutet das nicht, dass die Vorlage des Stadtrates unbrauchbar gewesen wäre. Die Stossrichtung der Totalrevision war vollkommen richtig und hat nur in wenigen Punkten zu grösseren Diskussionen in der Kommission geführt. Es ging in der Vorlage vielleicht etwas vergessen, dass ein solches Reglement insbesondere im Polizei- und Strafrecht mit der nötigen Exaktheit geführt werden muss, da auch die rechtlichen Anforderungen in diesem Bereich in den letzten Jahren immer mehr gestiegen sind. Bussen und polizeiliche Eingriffe gelten als die schwerwiegendsten Grundrechtseingriffe, die man überhaupt vornehmen darf. Aufgrund dieser Ungenauigkeiten und gewissen Fehlern, kommt es zu den vielen Änderungsanträgen der Kommission. Inhaltlich wird von der Kommission im Vergleich zum stadträtlichen Antrag aber weniger geändert, als dies der Anschein macht. Besonders wird auf einige Punkte hingewiesen, die der Kommission wichtig sind. Dies ist zum einen sicher die Auslagerung von polizeilichen Funktionen an Private. Der Stadtrat beabsichtigte in seiner Vorlage eine pauschale Ermöglichung einer solchen Auslagerung an Private durch den Stadtrat und ist dabei über das kantonalrechtlich Erlaubte hinausgegangen. Denn gemäss kantonalem Recht ist nur nichthoheitliches polizeiliches Handeln auslagerbar, so wie das Busenverteilen im ruhenden Verkehr. Die Kommission hat sehr gründlich untersucht, ob eine solche Auslagerung von polizeilichen Funktionen an Private im Rahmen der kantonalen Möglichkeiten gewollt ist oder nicht. Die Kommission hat sich auf eine Kompromisslösung geeinigt, wonach der Einwohnerrat im Einzelfall darüber entscheiden soll, sodass nicht das gesamte Polizeireglement gefährdet und der jeweiligen Situation angemessen entschieden wird. Umstritten waren in der Kommission auch Fragen in Bereichen, in welchen man sich fragen kann, ob diese heutzutage noch geregelt werden sollen. Dabei handelt es sich um Verhaltens-

bestimmungen, deren Nichteinhaltung niemanden schädigen, aber belästigend wirken und für Unfrieden sorgen können. Zum einen ist das die Bestimmung über anstössiges Verhalten und zum anderen die Bestimmung über Ordnung und Unordnung auf privaten Grundstücken. In beiden Fällen war die Entscheidung in der Kommission knapp. Betreffend das anstössige Verhalten sprach sich die Kommission mit knappem Mehrheitsentscheid dafür aus, dieses in einem ersten Schritt im Sinne einer Allgemein- und Auffangnorm für unzulässig zu erklären. Weil es sich dabei um einen unbestimmten Rechtsbegriff handelt muss die Person zuerst ermahnt werden und darf erst im Fortsetzungsfalle, also wenn die Person unbelehrbar ist, gestraft werden. Dies stellt eine wesentliche Änderung zum Vorschlag des Stadtrates dar. In der Kommission liess sich die Mehrheit davon überzeugen, dass in der Praxis ein Bedürfnis besteht, solche Personen bestrafen zu können, sollte eine Wegweisung nicht ausreichen. Ähnlich wurde der Anwendungsbereich auch bei der Bestimmung über die Ordnung und Unordnung auf privatem Gelände eingeschränkt. So muss die Unordnung eine Gefahr für Menschen und nicht nur für Tier oder Umwelt darstellen oder das Ausmass einer Mülldeponie auf privatem Grunde oder ähnliches erreicht haben, bevor eingegriffen werden kann und darf. Die Eingriffsschwelle wurde also erhöht, so dass Nachbarschaftsstreitigkeiten beispielsweise betreffend der Gartengestaltung nicht über diese Bestimmungen geführt werden können. Gewisse andere Verbote wurden auf das Siedlungsgebiet eingeschränkt, wie das Verbot des Spuckens und Urinierens, aber auch des Musizierens. Über die Nachtruhe wurde länger diskutiert und letztlich die Zeiten der Vorlage beschlossen. Eine weitere Änderung gegenüber dem Vorschlag des Stadtrates ist das Verbot von Himmelslaternen, obwohl diese schon gemäss kantonalem Recht verboten wären. Da das kantonale Verbot allerdings äusserst unverständlich formuliert ist, wurde das Verbot auch im Polizeireglement aufgenommen. Die Spezialbestimmungen zu der saisonalen Beleuchtung bezieht sich vorwiegend auf die Weihnachtsbeleuchtung und rührt daher, dass die allgemeinen Bestimmungen zu Beleuchtungen eine Weihnachtsbeleuchtung weitgehend verunmöglicht hätten. In juristischer Hinsicht gab es einige Änderungen, welche aber auch nicht umstritten gewesen sind und vorwiegend Juristenfutter darstellen. Diese Änderungen betreffen die präzise Abfassung der Strafbestimmungen sowie die einheitliche Regelung des Strafverfahrensrechts. Hier konnten bisher unbemerkt vom Kanton vorgenommene Änderungen nachvollzogen werden. Unbemerkt blieben diese Änderungen vermutlich, weil die Stadt Liestal glücklicherweise nicht sehr viele Strafverfahren hat. Insgesamt wurden die Diskussionen in der Kommission sehr vertieft und offen geführt. An dieser Stelle ist der Stadträtin Regula Nebiker und dem Bereichsleiter René Frei zu danken, welche die Diskussionen mit Inputs aus der Praxis bereichert haben. Die aufgewendete Zeit hat sich insgesamt gelohnt, gleichzeitig besteht die Hoffnung, dass der Stadtrat die Inkraftsetzung möglichst rasch vornimmt, sobald der Einwohnerrat das Polizeireglement beschlossen hat. Bei der Beratung des Polizeireglements ist zudem aufgefallen, dass viele andere Reglemente der Stadt älter sind oder dem kantonalen Recht nicht mehr ganz entsprechen und es seitens der Stadt keine Stelle gibt, welche für die Nachführung der Verordnungen und Reglemente sorgt. Die Kommission würde es begrüessen, wenn die Stadt künftig ein Augenmerk auf diese Problematik legt, da Reglemente ja nicht dem Selbstzweck dienen, sondern im Idealfall die alltägliche Verwaltungsarbeit erleichtern. Zudem ist es immer gut, der aktuellen Gesetzeslage zu entsprechen. Die Kommission beantragt, dass das Polizeireglement gemäss beiliegender Synopse mit sämtlichen Änderungsanträgen der Kommission genehmigt wird, dass das Inkrafttreten dem Stadtrat überlassen wird und dass die Anträge 2 und 3 der Vorlage des Stadtrats aufgrund der Ausserkraftsetzung des Hunde- und Vergnügungsreglements als gegenstandslos geworden abgeschrieben sind, da diese Reglemente bereits im neuen Reglement aufgehoben werden. Das Postulat ist erfüllt, da es eine entsprechende neue Ordnungsbusse gibt. Schliesslich wird beantragt, dass die Spezialkommission Polizeireglement aufgehoben wird. Als letztes Wort zum Bussenkatalog sei erwähnt, dass die Bussenhöhen nach langer und breiter Diskussion angepasst wurden. Es wurden nach bestem Wissen und Gewissen drei Bussenhöhen nach einem möglichst einfachen Tarif festgelegt, welche als Grundgerüst dienen. Hier ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass es der Stadtverwaltung immer möglich ist, auf das Ordnungsbussenverfahren zu verzichten und das normale Verfahren einzuleiten, um eine höhere oder tiefere Busse auszusprechen. Auch der Betroffene hat Rechtsmittel gegen Ordnungsbussen, das Verfahren ist insofern nicht sakrosankt.

Daniel Schwörer (FDP) äussert als Sprecher seiner Fraktion die Freude am neuen Polizeireglement. Man muss wissen, dass die lange Beratung nicht aus l'art pour l'art Gründen erfolgt ist, sondern weil das Polizeireglement sozusagen das Strafgesetzbuch Liestals ist. Wenn es um Strafe und Strafgesetz geht, dann geht es um das fundamentale Prinzip des Strafrechts: Keine Strafe ohne Gesetz. Daher ist es insbesondere auch für die Freisinnigen wichtig, dass die gesetzlichen Bestimmungen präzise abgefasst sind, so dass der Wille des Gesetzgebers klar zum Ausdruck kommt und die Strafe auch das intendierte Rechtsgut schützt. Als Beispiel für die nicht genügend präzise Abfassung des stadträtlichen Vorschlags können 4 Beispiele genannt werden. Beispielsweise hiess es in § 14 gemäss Entwurf des Stadtrates: „Es ist verboten auf den Boden zu spucken“. Mit Blick auf den Geltungsbereich des Reglements wird klar, dass dieses auch im Wald gilt und dort das Spucken auf den Boden wohl nicht verboten werden soll. Nach der Anpassung durch die Kommission heisst es neu: „Es ist im öffentlichen Raum innerhalb des Siedlungsgebietes verboten auf den Boden zu spucken“. Bei § 22 war im stadträtlichen Entwurf von „Strassenmusik im Gebiet der Stadt Liestal“ die Rede. Hier wurde ebenfalls eine räumliche Einschränkung auf „Strassenmusik im Siedlungsgebiet“ vorgenommen. Als drittes Beispiel ist § 26 zu nennen, in welchem der stadträtliche Entwurf vorsah, Grundstücke und Anlagen seien nach Ortgebrauch in Ordnung zu halten. Hier stellte sich die Frage, was der Ortsgebrauch ist. Zudem ist bei der Formulierung, dass ungenutzte, nicht bestellte Grundstücke in Ordnung zu halten seien, nicht klar, was ein bestelltes Grundstück ist. Hier wurde auch länger darüber diskutiert, was denn die Meinung sei, welches Verhalten unter Strafe gestellt werden soll. Die Diskussion führte zu folgender Formulierung: „Private und öffentliche Grundstücke, die aufgrund ihrer Unordnung ein öffentliches Ärgernis darstellen, sind in Ordnung zu bringen.“ Der Letzte Punkt ist die Regelung der Verwaltungszuständigkeit für Verfügungen, welche nicht ganz Gemeindegesezt-konform war und nun korrigiert wurde. Vorliegend hat man nun ein präzises, konsistentes und kohärentes Polizeireglement. An dieser Stelle ist dem Kommissionpräsident zu danken, welcher grossartige Arbeit geleistet hat. In diesem Sinne wird die FDP dem neuen Polizeireglements gemäss Fassung der GOR zustimmen.

Loris Jeitziner (SP) bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei Stefan Fraefel für die kompetente Leitung und der Spezialkommission sowie für das Verfassen eines sehr eingänglichen Berichts, welcher einfach zu lesen war und dennoch das Wichtigste vermittelt hat. Auch dankt er den Kolleginnen und Kollegen der Kommission, welche spannende Diskussionen ermöglicht haben. Die Kommission war froh darüber, mit Stefan Fraefel und Daniel Schwörer zwei Juristen in den eigenen Reihen gehabt zu haben, da diese die Kommissionsarbeit erleichtert haben. Spezieller Dank geht auch an die Verwaltung, insbesondere an Bereichsleiter René Frei, welcher mit pragmatischen Erklärungen zu den einzelnen Punkten der Revision dienen konnte. Nicht vergessen werden sollen Samira Auer und Oliver Britt, welche äusserst aufwendige und saubere Protokolle geschrieben haben. Auch die Stadträtin hat mit ihren guten Inputs immer wieder lebhaftere Diskussionen ermöglicht. Um nicht zu viel des Berichtes oder schon Gesagten zu wiederholen, seien die wichtigsten Punkte kurz zusammengefasst. Besonders gut an der Revision findet die SP-Fraktion die Klärung der Frage, wie die Auslagerung von hoheitlichen Funktionen an Private funktioniert, da sie unbedingt verhindern möchte, dass eines Tages privates Sicherheitspersonal Ordnungsbussen verteilt. Denn wo führe das womöglich noch hin, wenn aus Kostengründen weitere Aufgaben an Private abgegeben würden. Daher ist die Konsensfindung sehr erfreulich. Viele weitere Punkte in dem neuen Reglement findet die SP-Fraktion sehr ansprechend. Auch, dass die Arbeit insofern schon gefruchtet hat, dass bereits weitere Reglemente in Überarbeitung sind. Aus Zeitgründen und mangelndem juristischem Wissen wird nicht auf alle Einzelheiten eingegangen, sondern es werden die Punkte angesprochen, welche der SP-Fraktion dann doch nicht so gepasst haben. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion zwei Änderungsanträge eingereicht. Die SP-Fraktion beantragt die Streichung von § 14 Abs. 1 zum anstössigen und Ärgernis erregenden Verhalten. Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, wurde in der Kommission kontrovers darüber diskutiert. Ein Streichungsantrag wurde in der Kommission abgelehnt, weshalb er jetzt den Einwohnerrat davon überzeugen wolle, diesen Paragraphen zu streichen und damit zusammenhängende relevante

Änderungen in § 52 vorzunehmen. Dies wird vorwiegend damit begründet, dass die Beurteilung eines Verhaltens als anstössig oder Ärgernis erregend auf einer sehr subjektiven Wahrnehmung beruht. Diese Bestimmung ist für die Verwaltung und die Polizei sehr undankbar, da sich diese dann mit solchen Artikeln befassen müssen, um den Inhalt oder die Intention der Verfasser zu interpretieren. Mit den Worten von Daniel Schwörer „Das Gesetz muss präzise geschrieben sein“. Er stellt sich unter einem Reglement etwas Konkretes und Fassbares vor, welches ohne Verfassen einer wissenschaftlichen Abhandlung den Inhalt oder die Intention der Verfasser interpretierbar macht. Auch wenn dies ein relativ grosser Teil der juristischen Arbeit ist, sollten wir uns das Leben nicht so schwer machen. Wenn sich Leute darüber stören, dass sich jemand im Städtchen anstössig verhält, indem er laut flucht, sich amoralisch verhält oder soziale Normen und Tabus bricht, dann braucht es entweder konkrete Vorstösse zu neuen Artikeln und Verboten oder die Gesellschaft muss sich damit abfinden, dass es Dinge gibt, die uns nicht ganz passen und sich nicht mit Reglementen bestimmen lassen. Durch das Streichen soll auch ein möglicher Missbrauch verhindert werden. Ein Interpretationsspielraum eröffnet schliesslich auch ungute Möglichkeiten der Interpretation in der Zukunft, denn unsere Wahrnehmung von anstössigem Verhalten ändert sich womöglich im Laufe der Zeit.

Der zweite Antrag bezweckt die Streichung des Spuckverbots von § 14 Abs. 2 lit. a. Der Streichungsantrag komme vielleicht zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt wegen der Corona-Pandemie, dennoch stört sich die SP-Fraktion an dem Absatz. Auch seine Fraktion findet das Spucken eklig, eine Aufnahme im Polizeireglement zwecks Bestrafung ist aber übertrieben und nicht Aufgabe der Stadt. Es gibt viel effizientere und wirkungsvollere Mittel, um dieses Verhalten zu verhindern. Damit sind die sozialen Normen angesprochen, die es ja ohnehin schon gibt. Besonders in einer Zeit, in welcher die Hygiene das höchste Gut ist, wirkt ein böser Blick an den Täter oder die Täterin gerichtet mehr als ein staubiger Paragraph in einem Reglement, welcher nicht durchsetzbar ist. Wenn ein böser Blick oder sogar das direkte Beanstanden des betreffenden Verhaltens nicht hilft, müssen wir uns fragen, ob wir jede kleinste menschliche Unschönheit verbieten oder einfach an die Eigenverantwortung appellieren wollen. Abschliessend ist die Diskussion zum Bettelverbot zu würdigen, auch wenn dieses kantonal geregelt ist. Wir leben in einer komplexen und globalisierten Welt, in welcher es zwar Grenzen aber auch keine Grenzen mehr gibt. Dennoch müssen wir unsere Gesetzgebung lokal diskutieren, was dazu führt, dass wir uns mit einem Bettelverbot beschäftigen müssen und wohl keine einfache Lösung finden werden. Als Verfechter des Sozialstaates bleibt zu sagen, dass nicht gewollt ist, dass jemand Betteln muss. So hat die SP in den letzten 100 Jahren stark dazu beigetragen, dass Betteln in der Schweiz nicht nötig ist. Dennoch haben sich gewisse Leute bewusst dafür entschieden. In der Stadt Basel gibt es Dutzende von Obdachlosen, die aus eigenem Willen nicht Teil unserer Gesellschaft sein wollen und teile des Sozialstaates nicht in Anspruch nehmen, die ihnen zustehen würden. Es ist auf eine gewisse Art schön, dass es noch so etwas wie einen freien Willen gibt, der es uns erlaubt, uns nicht in den engen Rahmen unserer Gesellschaft einfügen zu müssen. Zudem treffe der Entscheid auch Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer sozialen Situation diskriminiert werden und seit ein paar Monaten auch in unserer Region zu einem grossen Thema wurden. Wenn in dieser Diskussion Wörter wie Menschenhandel oder Betteltourismus fallen, ist das eigentlich ein Armutszeugnis für unser reiches Europa. Wir wollen ja nicht, dass Menschen innerhalb von Europa in reichere Länder reisen müssen, um dort mit Betteln ihren Leben finanzieren zu können. Wenn wir Betteln aus gesellschaftsliberalen Gründen erlauben wollen, dann erlauben wir vielleicht auch das Stattfinden anderer Zustände, die wir eigentlich ablehnen, wie Menschenhandel oder andere Formen der Kriminalität. Es ist eine unglaublich verzwickte Sache und die SP-Fraktion wird sich sicher weiterhin mit dem Thema auseinandersetzen müssen. Auch wenn eine vollkommen befriedigende Lösung unwahrscheinlich ist, erhofft sich die SP-Fraktion gute menschliche Ansätze vom Kanton. Zusammengefasst spricht sich die SP-Fraktion grossmehrheitlich für die Streichung der genannten zwei Paragraphen aus und stimmt allen anderen Änderungsanträgen der Kommission zu.

Lorenz Holinger (SVP) schliesst sich der Danksagung des Vorredners an, bei der Streichung der Paragraphen jedoch nicht. Die SVP-Fraktion hat das Polizeireglement sehr eingehend beraten und ist sehr froh darüber, dass mit dem revidierten Reglement dem Postulat der SVP

„Für eine sauberes Liestal“ aus dem Jahr 2015 endlich Rechnung getragen wird. Gleichzeitig ist die Fraktion darauf gespannt, wie die zum Teil neuen Bestimmungen im Bussenkatalog in der Praxis umgesetzt und gehandhabt werden. Hier ist der gesunde Menschenverstand jedes einzelnen Polizisten gefragt, auf was er vertraut. Auch sonst kommt das Reglement für einen Laien sehr verständlich rüber und ist für die heutigen Gegebenheiten wieder fit gemacht worden. Denn nach 40 Jahren hat sich vieles geändert. An dieser Stelle ein erneuter Dank an die hervorragende Arbeit des Kommissionspräsidenten. Die SVP-Fraktion wird allen 5 Anträgen der Spezialkommission Polizeireglement einstimmig zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt als Fraktionssprecher der Mittepartei, dass diese das Polizeireglement auch relativ toll findet und allen Anträgen zustimmt.

Albert Siegwart (GL) möchte sich kurzfassen und erklärt, dass er der Danksagung von Loris Jeitziner beipflichtet. Es ist eine tolle angenehme gute Zusammenarbeit gewesen. Für ihn persönlich ist es interessant gewesen, Stefan Fraefel und Daniel Schwörer zuzuhören und etwas zu lernen, wie Juristerei geht. Es gab im alten Gesetzestext viel zu überarbeiten. Auch wenn das meiste unumstritten war, gibt es einige Punkte, die wirklich schwierig sind, schwerpunktmässig die von Loris Jeitziner angesprochenen Punkte. Gleichzeitig durfte er mit René Frei einen Mann kennen lernen, der zuständig ist für die Polizei, welche trotz allen Möglichkeiten der strengen Auslegung von Gesetzen, einen massvollen, zurückhaltenden und sorgfältigen Umgang pflegt. Eingeleuchtet hat, dass Polizisten auch manchmal Gesetzestexte brauchen, um Situationen zu handeln, die dann irgendwie nicht mehr passen. Die Grünen stimmen dieser Vorlage grossmehrheitlich zu.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt als Kommissionspräsident Stellung zu den Anträgen der SP-Fraktion auf Streichung der zwei Bestimmungen. Die beiden Bestimmungen sind in der Kommission mit 4 zu 3 Stimmen nur knapp angenommen worden. Es handelt sich beim Verbot des anstössigen Verhaltens tatsächlich um etwas Umstrittenes. Die knappe Kommissionsmehrheit liess sich von den Ausführungen der Verwaltung überzeugen, welche die Bestimmung als wichtige Möglichkeit in Fällen extremer Auswüchse sieht. So wurde denn auch zugesichert, gesundes Augenmass anzuwenden, was geglaubt werden kann oder nicht. Es ist im Moment schwierig sich das gesamte Ausmass vorzustellen. Man muss bedenken, dass das anfluchen einer bestimmten Person bereits eine Straftat darstellt, die Grenze also bereits da sehr tief ist. Mit Annahme dieser Vorlage würden wir diese Grenze noch tiefer setzen. Dennoch kann es Situationen geben, in denen man sich offenbar nicht anders zu helfen weiss, weil beispielsweise keine anderen Straftatbestände erfüllt werden. Letztlich handelt es sich um ein Mittel, um Grenzfragen besser bereinigen zu können. Die Diskussion, ob man eine Auffangnorm will oder nicht, ist wichtig und muss geführt werden. Je nach Entscheid muss die Gesellschaft einfach toleranter sein. Vor diesem Hintergrund war die Kommissionsmehrheit der Ansicht, dass die Strafe erst nach Verwarnung ausgesprochen werden darf. Ein ausgebauter Rechtsweg über Stadtrat und Gericht ist in jedem Fall gewährleistet, sodass allfällige Fehlentscheide auch korrigiert werden könnten. Zum Spuckverbot wurde in der Kommission bereits vor Corona besprochen, dass es früher auch in den Trams verboten war auf den Boden zu spucken. Angeblich eine Regelung, die auf den Erfahrungen der spanischen Grippe beruht. Das Spuckverbot hat also tatsächlich seuchenpolizeiliche Hintergründe. Wichtig ist der Hinweis, dass nicht jeder Verstoss registriert und längst nicht jeder geahndet wird, wobei nicht jede Ahndung eine Busse sein muss, da ausdrücklich auch die Verwarnung vorgesehen ist. Die Kommissionsmehrheit vertraut auf die massvolle Umsetzung und ist der Meinung, dass die Bestimmung in der Version der Kommission beschlossen werden soll.

Loris Jeitziner (SP) wehrt sich gegen die Generalklausel betreffend das anstössige Verhalten, da diesbezüglich schon genügend Werkzeuge vorhanden sein sollten. Die Definition des anstössigen Verhaltens ist offensichtlich sehr subjektiver Natur, weshalb er nochmals zur Streichung des Paragraphen appelliert.

Bernhard Bonjour (SP) stellt einen Antrag die Busse für das Betteln aus dem Bussenkatalog zu streichen. Er führt dazu aus, dass ein Polizeireglement eine gewisse Versuchung darstellt, eine Suche zu starten und zu schauen, was alles verboten und gebüsst werden könnte. Dieser Versuchung ist die Kommission vorliegend nicht erlegen und hat die Vorlage stark verbessert. Dennoch ist er nicht mit allen Bestimmungen glücklich. So würde er gerne das Schiessen allgemein verbieten. Die Bestimmungen zur Strassenmusik sind eng, der Artikel zur Unordnung auf Privatgrundstücken ist problematisch und auch mit den Hunden ist man sehr streng. Grundsätzlich sollte man gerade in der heutigen Zeit Leben zulassen und nicht zu sehr einschränken. Man kann wirklich der Ansicht sein, dass eine gute Kompromisslösung vorliegt. Aus seiner Sicht wurde aber beim Bettelverbot und dem anstössigen Verhalten eine rote Linie überschritten. Wenn Liestal eine Stadt sein will, dann gilt es auch mit städtischen Erscheinungen zu leben, auch wenn diese lästig und mühsam sein können. Das Bettelverbot ist ein wichtiges Thema. Aus seiner Sicht ist es schrecklich, das Betteln aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Er versteht die Argumente, die für ein Bettelverbot sprechen und findet diese teils auch gut, aber er will keine gereinigte, von Bettlern bereinigte Stadt. Er stellt aber nicht den Antrag das Bettelverbot zu streichen, sondern die Busse zum Bettelverbot zu streichen. So versteht er die Argumente für eine Wegweisung von Bettlern oder gar das Einziehen des erbettelten Geldes. Dann aber noch eine Busse obendrauf zu schlagen geht zu weit und überschreitet die rote Linie. Er beantragt also die Streichung dieser Bussenbestimmung.

Michael Durrer (GL) stellt den Ordnungsantrag, dass eine 2. Lesung abgehalten wird und die gestellten Anträge vorgängig schriftlich eingereicht werden, sodass auch eine Diskussion in den Fraktionen möglich ist. Er macht beliebt, das Geschäft an der nächsten Sitzung nochmals zu beraten und erst dann zu beschliessen.

Daniel Schwörer (FDP) richtet sich an die Präsidentin, da er befürchtet, dass man unbeabsichtigt langsam in die Detailberatung abrutscht. Er macht beliebt, die Eintretung oder die allgemeine Runde abzuschliessen und formell mit der Detailberatung zu starten. Dann kommt man auch zu den mittlerweile schon gestellten Anträgen und kann auf diese replizieren.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bestätigt, dass eine 2. Lesung durchaus Sinn machen kann. Seiner Meinung nach führt man die Diskussion gescheiter heute, als an der nächsten Sitzung, denn führen muss man diese ohnehin. Zum Bettelverbot sagt er kurz, dass auch in der Kommission die Streichung eine Option gewesen sei. Die abschreckende Wirkung ist der Verwaltung aber sehr wichtig. Wenn man, wie beantragt, die Bestrafung streicht, dann wird das Bettelverbot zu einem sehr schwachen Verbot. Gestern wurde ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte publiziert, mit welchem eine Bussenverfügung gegen ein Bettlerin im Kanton Genf aufgehoben wurde. Das heisst, dass somit ein absolutes Bettelverbot unzulässig ist. Im GOR-Polizeireglement wird aber bereits explizit differenziert, dass für das Sammeln von Geld ohne Bewilligung das kantonale Recht gilt. Das heisst also, dass das einsammeln von Geld erlaubt ist, wenn man dafür eine Bewilligung einholt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) erklärt, dass sie nun über den Ordnungsantrag abstimmen lässt.

://: Der Ordnungsantrag von Michael Durrer (GL) wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

Beat Gränicher (SVP) findet es nicht korrekt, wenn die Diskussion einfach abgebrochen wird, bevor alle Redner zu Wort gekommen sind. Er will den Rat daran erinnern, dass am 25. September 2019 das Geschäft an die GOR überwiesen wurde und am 25. Juni 2020 die Spezialkommission weiterhin damit beschäftigt wurde. Während diesen Monaten hätten die Fraktionen mit ihren Leuten in den Kommissionen reden können. Jetzt steht man wieder auf Feld 1, was schon befremdend ist. Letztlich handelt es sich so nur um eine Geldverschwendung.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt klar, dass die diskutierten Punkte in der Kommission angeschaut und kontrovers diskutiert wurden. Die Entscheide waren knapp, weshalb es einem demokratischen Recht gleichkommt, gewisse Anträge im Plenum erneut zu stellen, auch wenn das die Diskussion in die Länge zieht. Da die Mehrheitsverteilung im Einwohnerrat anders sein könnte als in der Kommission, sollte man eine weiterführende Auseinandersetzung zulassen.

Daniel Schwörer (FDP) erwartet von der Ratspräsidentin, dass jetzt gemäss § 74 Abs. 1 die Detailberatung gemacht wird. Dies geschieht bestimmungsgemäss nach dem Eintreten, welches stillschweigend erfolgte. So wird jede Bestimmung einzeln aufgerufen und jedes Ratsmitglied kann Änderungsanträge dazu stellen, die dann diskutiert werden können. Er verlangt die Durchführung der paragraphenweise Detailberatung.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) vergewissert sich über den Ablauf und will Stadträtin Regula Nebiker das Wort zur Gesamtberatung geben.

Stadträtin Regula Nebiker wendet ein, dass es mehr Sinn macht, wenn sie zuerst zuhört und sich dann dazu äussert.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) bittet die Ratsmitglieder, sich nun zum Antrag 1 betreffend die Streichung von § 14 Abs. 1 zum anstössigen Verhalten und der dazugehörigen Strafbestimmung § 52e Abs. 1 (recte § 52 Abs. 1 lit. e) zu äussern.

Daniel Schwörer (FDP) macht klar, dass die FDP gegen diese Streichung ist. Er gesteht, dass nicht klar ist, was unter die unbestimmten Begriffe alles subsumiert werden kann und die Strafbestimmung insofern hart ist. Er verweist aber auch auf den generalpräventiven Charakter einer solchen Bestimmung. Schon der Hinweis auf die Strafbarkeit kann etwas bewirken. Insbesondere im Lichte der Generalprävention will die FDP den Paragraphen beibehalten und bittet darum den Antrag der SP abzulehnen.

Loris Jeitziner (SP) meint als Antragsteller, dass er erneut zur Streichung appelliert. Zur generalpräventiven Wirkung bleibt zu sagen, dass diese in der Wissenschaft stark umstritten ist. Grundsätzlich schätzt er die Wirkung sozialer Normen grösser ein als eine allfällige generalpräventive Wirkung von Strafbestimmungen. Die SP will keine solchen Generalklauseln und bittet daher um Streichung.

Michael Durrer (GL) betont, dass für ihn klar ist, dass erst nach der 2. Lesung abgestimmt wird. Nur das diesbezüglich kein Missverständnis besteht. Die Diskussion kann gerne geführt werden.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, dass der angenommene Antrag auf Durchführung einer 2. Lesung bedeutet, dass heute und im März eine Detailberatung durchgeführt wird. Ansonsten hätte der Antrag auf Nichteintreten, Rückweisung oder Verschiebung lauten müssen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) erklärt, dass erst nach der 2. Lesung über die Anträge abgestimmt wird.

Daniel Schwörer (FDP) korrigiert, dass über die einzelnen Änderungsanträge heute abgestimmt, aber keine Schlussabstimmung durchgeführt wird. Es wird nach der 1. Lesung über die Änderungsanträge und nach der 2. Lesung über weitere Änderungsanträge abgestimmt und zusätzlich eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stimmt ihrem Vorredner zu und stellt fest, dass es sich bei ihrer vorgängigen Aussage um ein Missverständnis handelte. Es wird heute über die einzelnen Änderungsanträge abgestimmt.

Stadträtin Regula Nebiker bekundet im Namen des Stadtrates, dass er an der eigenen Vorlage festhält, aber auch den Vorschlag der Kommission unterstützen möchte. Der Punkt ist, dass die Umsetzung wohl am meisten Schwierigkeiten bieten wird. Es wurde dankenswerterweise zuvor schon festgestellt, dass niemand in Liestal auf Law and Order aus ist, sondern gesundes Augenmass angewendet wird. Mit der Vorlage ist man schon sehr weit gekommen in Sachen Regulierung, aber niemand strebt eine Überreglementierung an. Mit der Vorlage will man ein Werkzeug in die Hand geben. Der Stadtrat bittet dem Antrag der SP nicht zuzustimmen

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass sich aus dem Rat niemand mehr zum Antrag 1 betreffend dem anstössigen Verhalten äussern möchte.

://: Der Antrag 1 «anstössiges Verhalten» (Streichung von § 14 Abs. 1 und § 52 Bst. e Abs. 1 wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass sich niemand zum Antrag 2 betreffend dem Spuckverbot zu Wort meldet.

://: Der Antrag 2 «Spuckverbot» (Streichung von § 14 Abs. 2 Bst. a und § 52 Bst. e Abs. 2 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) bittet die Ratsmitglieder, sich zum Antrag 3 betreffend die Streichung der Ordnungsbusse von 100 Franken zum Bettelverbot zu äussern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) weist in formeller Hinsicht darauf hin, dass wenn die Ordnungsbussenvorschrift gestrichen wird, dann bleibt das Verhalten strafbar, allerdings im ordentlichen und nicht mehr im Ordnungsbussenverfahren. Wenn die Strafbarkeit abgeschafft werden soll, dann muss auch die Strafbestimmung selbst abgeschafft werden. Dies muss der Antragsteller einfach wissen.

Bernhard Bonjour (SP) erfragt, wie der Antrag lauten müsste, um die Strafbarkeit zu streichen und beendet seine Wortmeldung mit dem Rückzug seines Antrags.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass der Antrag 3 zurückgezogen wurde und fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Polizeireglement. Es werden keine Wortmeldungen mehr angezeigt und die Diskussionen auf die 2. Lesung verschoben.

Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 17. März 2021 beraten.

57 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Veloverkehr rund um den QP Weierweg und QP Aurisa – Bericht Stadtrat zum dringlichen Postulat «Führung des Veloverkehrs rund um den QP Weierweg und QP Aurisa überprüfen und verbessern» der Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2020/204)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Werner Fischer (FDP) nimmt als BPK-Präsident Bezug auf den stadträtlichen Bericht und hält fest, dass er die Unterlagen gerade nicht finde und daher zuerst den Fraktionssprechern das Wort überlässt.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt für den Bericht und führt aus, dass in ihrer Fraktion intensiv diskutiert wurde, wie man die Fussgänger und Velofahrer besser schützen könnte. Bei Variante 1 wäre allenfalls ein Radstreifen nur auf einer Strassenseite denkbar, bei Variante 2 Tempo 30 hat für den kommunalen Abschnitt die Gasstrasse überzeugt, dort kreuzt ja auch die Veloroute. Auf kommunaler Ebene wäre in Ausnahmefällen die Beibehaltung von Fussgängerstreifen möglich. Für den übrigen kantonalen Teil sieht ihre Fraktion das Tempo 30 nicht. Es ist nicht sinnvoll, dass beispielsweise die Rebgasse, die eine Durchgangsstrasse ist, mit Tempo 30 belegt wird. Im Übrigen tangiert das auch die nationale Schwerverkehrsrouten. Bei Tempo 30 müssten immer auch verkehrsberuhigende Massnahmen gemacht werden, was vorliegend sicher nicht möglich ist. Köniz wird erwähnt, die Mitte-Fraktion hält dies aber nicht mit unserer Situation vergleichbar ist. Laut Aussage von ProVelo ist Tempo 30 grundsätzlich eine Verbesserung und bringt viel für die Sicherheit, aber wenn die Fussgängerstreifen verschwinden ist das kein Vorteil. Die Mitte-Fraktion würde es begrüssen, wenn der Stadtrat den Antrag auf Tempo 30 beim Kanton nicht stellt aber für den kantonalen Teil eine andere Lösung sucht. Das noch fehlende Verkehrs- und Mobilitätsgutachten im Zusammenhang mit dem QP Osboplatz muss sicher mit einbezogen werden. Die Mitte-Fraktion nimmt einstimmig Kenntnis von der Beantwortung, wird sich aber grossmehrheitlich bei der Postulatsabschreibung enthalten.

Peter Bürgin (FDP) bekundet, dass auch die FDP-Fraktion intensiv über die Vorlage diskutiert hat. Es kann vorweggenommen werden, dass die FDP mit dem Stadtrat grundsätzlich übereinstimmt. Der Zusatz im QP-Reglement Aurisa ist bezüglich des Bedarfs eines Veloweges relativ vage formuliert worden und daher ist von der Stadt auch nichts zwingend umgesetzt worden. Jetzt muss mit den suboptimalen Platzverhältnissen umgegangen werden, die tatsächlich nicht viele Optionen offenlassen. Die Situation mit dem Veloverkehr sowie die engen Platzverhältnisse bei der Gasstrasse wurden intensiv diskutiert und analysiert. Die Velofahrer sind als schwächste Verkehrsteilnehmer sicher am meisten gefährdet. Diese Gefährdung kann mit einer Reduktion auf Tempo 30 eindeutig reduziert werden. Zudem ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass in den zur Diskussion stehenden Bereichen Zentrum Nord mit dem Auto ohnehin nicht mehr als 30 km/h gefahren werden kann und eine Reduktion insofern keine wirkliche Einschränkung bedeuten würde. Bereits heute existieren in Liestal, ab vom grossen Verkehr, sehr sichere Längs- und Querverbindungen für Velofahrer, die künftig hoffentlich noch intensiver genutzt werden. Die FDP nimmt Kenntnis vom Postulat und stimmt mit dem Stadtrat überein, dass das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden kann.

Dominik Beeler (GL) dankt dem Stadtrat für die starke Antwort auf den ursprünglichen Fehler, der so für das neu entstehende Quartier eine tolle Lösung schafft. Tempo 30 ist eine der günstigsten und auch effektivsten Massnahme, um die Verkehrssicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende verbessern zu können. Zudem bringt es den Anwohnern eine deutliche Entlastung vom Verkehrslärm. So kann ein lebendiges Quartier mit hoher

Lebensqualität entstehen. Das haben auch andere Gemeinden erkannt, weshalb der Kanton jetzt auch in der Verantwortung steht. Die Grüne Fraktion unterstützt die Anträge.

Patrick Mägli (SP) dankt im Namen der SP-Fraktion für den guten Bericht. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat für Liestal Nord eine Lösung für alle Verkehrsteilnehmer plant. Der Variantenentscheid für Tempo 30 und gegen den Velostreifen ist sehr gut begründet. Es ist toll, dass der Stadtrat beim Kanton erstmals eine Tempo-30-Zone auf der Kantonsstrasse beantragen möchte, in diesem Punkt ist unser Kanton im Vergleich zu den Nachbarkantonen ja nicht gerade ein Vorbild. Die SP-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Tempo 30-Zone die richtige Lösung ist, welche für mehr Sicherheit sorgen wird. Zum Wegfall der Fussgängerstreifen, wird man dies bei der Umsetzung genauer anschauen müssen. Mehrzweckstreifen sind sicher eine Hilfe und ein guter Ansatz, allenfalls muss man an der einen oder anderen Stelle dann doch einen Fussgängerstreifen prüfen. Er ist überzeugt, dass eine pragmatische Lösung gefunden wird. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Beat Gränicher (SVP) hält sich kurz, da das meiste schon gesagt wurde. Er betont, dass die SVP-Fraktion ganz klar für die Verkehrssicherheit von allen Teilnehmern ist. Die betreffende Strecke wurde schon ein paar Mal in der BPK besprochen und es bestanden verschiedenste Varianten. Die 30er-Beschränkung ist in Ordnung. Bei den Kantonsstrassen besteht das Problem der verschwindenden Fussgängerstreifen, weshalb da vielleicht eine Lanze gebrochen werden muss, denn wo ein Fussgängerstreifen benötigt wird, gehört auch einer hin. Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen zu. Seiner Fraktion ist es wichtig, dass mit der Umsetzung der Stadt Liestal kein finanzieller Mehraufwand entsteht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) zeigt sich erstaunt über die widerspruchslose Einführung der Tempo 30-Zone. Und zwar aufgrund der Symbolik, denn Verkehr muss gelenkt werden. Wenn dort eine Tempo 30-Zone gemacht wird, dann kann der Verkehr nirgends ausweichen. In einer Tempo 30-Zone müssen Blumentöpfe auf der Strasse stehen und oftmals Parkplätze geschaffen werden, sodass der Verkehr beruhigt wird. Und das, obwohl es an der betreffenden Stelle im Feierabendverkehr sogar zu Kolonnenverkehr kommt. Hier sind schon Umsetzungsprobleme zu sehen. Insgesamt stellt sich die Frage, ob die neue Verkehrsführung wirklich für mehr Sicherheit sorgen wird, was er bezweifelt.

Thomas Eugster (FDP) meint als ehemaliger BPK-Präsident, der die Bestimmungen damals vorgebracht hatte, dass man schon sehen muss, dass die beste Lösung sicher die Umsetzung der BPK-Empfehlung gewesen wäre. Die Veloroute führt nicht dort durch, sondern durch den QP Weierweg. Nichtsdestotrotz ist die Situation auf den Kantonsstrassen eng und die Fragestellung ist prinzipieller Natur. Obwohl zwei Quartierpläne verabschiedet und mit Reglementen versehen wurden, wurde quasi nichts umgesetzt. Er stört sich schon etwas daran, dass der Wille der Kommission und des Einwohnerrates nicht beachtet wurde, obwohl die Absicht der Sicherheitserhöhung klar war. Mit der jetzt vorhandenen Ausgangslage kam dann erst die Postulatsantwort. Er sieht es ganz ähnlich wie die Mitte, Tempo 30 in der Gasstrasse ist richtig. Auf der Kantonsstrasse muss man sich das hingegen gut überlegen, da dort dann auch die Fussgängerstreifen wegfallen. Er würde empfehlen, dass man auf der Gasstrasse Tempo 30 einführt und sonst darauf verzichtet. Er nimmt den Bericht zu Kenntnis, verweist den Stadtrat aber auf seine Empfehlungen.

Stadtrat Daniel Muri verweist auf das Leitbild Liestals, in welchem die Rede von Lebensqualität für alle ist. Vor diesem Hintergrund kam der Stadtrat zum Ergebnis, dass mit der geplanten Einführung der Tempo-30-Zone auf einen Schlag mehrere Vorteile für die ganze Bevölkerung erreicht werden können. Das ist erstens die Erhöhung der Sicherheit für Fussgänger und Velofahrende. Zweitens die Reduktion der Lärmbelastung der Anwohner und drittens wird der Verkehrsfluss, anders als von den Vorrednern geltend gemacht, positiv beeinflusst. Er hofft, dass auch der neu zusammengesetzte Regierungsrat künftig begreifen wird, dass die Gesellschaft entschleunigt werden muss und nicht schneller wird. Er lädt alle dazu ein, der Zeit gemeinsam voraus zu gehen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat der BPK gemäss Vorlage Nr. 2020/204a.

://: Das Postulat Nr. 2020/204 der BPK wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

58 0.01.011.01 Einwohnerrat

- 4. Parkplatzkonzept – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zu Postulat «Parkraumkonzept für Liestal» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion sowie zu Postulat «Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion und Stefan Fraefel namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/202, Nr. 2016/23, Nr. 2019/149)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Bereits an der letzten Ratssitzung ist von der SVP-Fraktion ein Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft angemeldet worden, welcher den Fraktionen mit E-Mail vom 24. Dezember 2021 zur Kenntnis gebracht wurde. Die Antragsteller möchten sich nun zu ihrem Antrag äussern.

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt Bezug auf den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und hält fest, dass man schon an den vielen Geschäftsnummern erkennt, dass es sich hier um ein Geschäft mit viel Zündstoff handelt. Die SVP-Fraktion ist mit dem Kommissionsbericht nicht einverstanden, da dieser zu wenig in die Tiefe geht und das Thema noch einmal angeschaut werden muss. Dabei verweist er auf die ausführliche Begründung im Antrag. Es ist ja grundsätzlich gut, dieses Thema breit zu diskutieren und auch im Bericht hat es einige gute Ansätze, die man unterstützen kann, aber es hat auch vieles, was völlig an der Realität vorbei geht. Entsprechende Anträge wurden in der Kommission zwar gestellt, wurden aber dort nicht angenommen. Die SVP-Fraktion stellt zudem fest, dass das Postulat wegen den Parkkarten überhaupt nicht abgehandelt worden ist. Dieser Vorstoss wurde vor längerer Zeit eingereicht, damit die Privilegien der Parkkarten auf den 01.01.21 hätten abgeschafft werden können. Leider ist nicht passiert. In diesem Punkt fühlt sich die SVP-Fraktion nicht ernst genommen und ist enttäuscht. Entsprechend erwartet die Fraktion eine baldige Umsetzung und nicht die Schaffung einer rechtlichen Legitimation. Der Fraktion geht es vorwiegend darum, dass das Verkehrskonzept noch einmal in der Kommission besprochen wird.

Ratspräsidenten Verena Baumgartner (GL) bittet um Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag.

Dominique Meschberger (SP) gibt bekannt, dass sie das Parkraumkonzept des Stadtrates mit Genuss durchgelesen hat. Sie lobt die gute Arbeit, die geleistet worden ist. Endlich kommt man in diesem Thema einen Schritt weiter. Dass die Diskussion über Parkplätze immer kontrovers sein wird und die Kommissionsberatung niemals eine einstimmige Unterstützung erwirken wird, ist klar. Aber immerhin wurde in der BPK ein 6:1-Verhältnis erreicht, was sehr erfreulich ist. Letztlich ist nur die Kenntnisnahme gefragt und es bleibt dem Stadtrat zu überlassen, das Beste aus diesem grossartigen Konzept zu machen. Die SP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass das Parkraumkonzept ja eine gewisse Zeit gebraucht hat, bis jetzt endlich ein Bericht dazu verfasst wurde, dieser ist dafür sehr umfassend. Darin ist ein ganzer Strauss an Massnahmen und Vorgehensweisen enthalten, aber nichts über Prioritäten und wie man damit genau umgehen will. Hier muss den Antragstellern Recht gegeben werden. Daher macht es Sinn in der BPK, welche den Einwohnerrat vertritt, eine vertiefte Diskussion zu führen. So kann dem Stadtrat auch ein brauchbares Feedback gegeben werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag mit dem zusätzlichen Auftrag, dass sich die Kommission klarer zum weiteren Vorgehen äussert.

Dominik Beeler (GL) zeigt sich über den Rückweisungsantrag irritiert, denn in der BPK wurde das Thema genau diskutiert und mit Anregungen aus den Fraktionen angereichert. Es war sicher eine Diskussion mit vielen Standpunkten, aber alle Meinungen sind im Bericht eingeflossen und abgebildet worden. Das vom Stadtrat benötigte Stimmungsbild ist aus dem Bericht erkennbar und die Arbeit wurde gemacht. Auch die Frage der Kompetenzen darf nicht ausser Acht gelassen werden. Letztlich handelt es sich um ein Papier des Stadtrates, welches zur Kenntnis genommen werden oder mittels Vorstössen geändert werden kann. Insofern unterstützt die Grüne Fraktion den Rückweisungsantrag nicht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Mitte-Fraktion den Antrag ebenfalls eingehend besprochen hat und es, sowohl bei der stadträtlichen Vorlage als auch insbesondere beim Bericht der BPK, einige Punkte gibt, mit denen die Fraktion nicht ganz glücklich ist. Die Fraktion hätte erwartet, dass die BPK inhaltlich zu der Vorlage des Stadtrates Stellung nimmt. Der Stadtrat hat ein interessantes und ausgefeiltes Konzept vorgestellt, aber die politische Würdigung müsste in der Kommission erfolgen. Die Kommission hat sich nicht dazu geäußert, wie sie die einzelnen Punkte des Konzeptes beurteilt. Hier wird eine inhaltliche Stellungnahme erwartet, welche dem Stadtrat eine gewisse Leitlinie bietet. Der Bericht beschränkt sich auf die allgemeine Aussage, dass einige möglichst günstig und andere gar nicht parkieren wollen. Aus diesem Grund unterstützt die Mitte-Fraktion den Rückweisungsantrag und hofft auf eine inhaltliche Diskussion in der BPK.

Daniel Schwörer (FDP) schliesst sich seinem Vorredner an, indem er betont, dass das Konzept 13 Positionen bringt und man erwarten darf, dass sich die BPK zu jedem dieser Positionen äussert, so dass eine Diskussionsgrundlage besteht und dem Stadtrat eine Guideline über die vorherrschende politische Meinung gegeben werden kann. Daher wird die FDP-Fraktion den Rückweisungsantrag unterstützen.

Peter Küng (SP) weist darauf hin, dass jede Fraktion eine Vertretung in der Kommission hat und diese gar von einem FDP-Mitglied geleitet wird. Jetzt wird eine inhaltliche Diskussion gemacht, die auch im Plenum geführt werden kann. Er empfindet das erlebte Vorgehen als desavouierend den Mitgliedern der BPK gegenüber und denkt, dass hier jede Fraktion über die Bücher gehen und mit ihren Kommissionsmitgliedern sprechen muss. Die SP-Fraktion ist bereit, eine Diskussion zu führen und würden dies gerne im Plenum tun. Daher macht eine Rückweisung keinen Sinn.

Michael Durrer (GL) lässt es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass auch die Grünen schon kritisiert wurden, als sie in der Fraktion eine bereits gefasste Kommissionsmeinung hier im Rat geändert hatten. Damals war er schon der Ansicht, dass so etwas möglich sein soll und diese Meinung ändert er auch heute nicht. Er hofft lediglich, dass man sich später auch wieder daran erinnert, wenn so etwas den Grünen auch wieder einmal passiert. Man muss schon sehen, dass die 3 Fraktionen, die eine Rückweisung beantragen und befürworten, eine Mehrheit in der BPK vertreten.

Hanspeter Meyer (SVP) reagiert auf diese Aussagen und sagt abschliessend „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht das Gleiche.“

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) schliesst sich diesem Sprichwort an und zitiert „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Das Konzept ist eine Sache, die Umsetzung von Massnahmen eine andere. Die Gesamtbewirtschaftung ist doch ein wichtiges Ziel. Für sie ist das ein Leitbild, welches in die richtige Richtung geht. Der nächste Schritt wäre doch das konkrete Aufzeigen von Massnahmen mit einem Zeitplan, sodass der Einwohnerrat Stellung beziehen kann. In diesem Sinne möchte sie dafür plädieren, dass man das Geschäft nicht zurückweist.

Stadtrat Daniel Muri sagt, dass er gespannt zugehört hat und jetzt auf die Abstimmung wartet. Wenn das Geschäft nicht zurückgewiesen wird, kann er gerne noch etwas dazu sagen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt fest, dass zum Rückweisungsantrag keine Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über diesen abstimmen wird.

://: Auf den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion entfallen 19 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen.

Mit Stichentscheid von Ratspräsidentin Verena Baumgartner wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Werner Fischer (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht und weist einleitend darauf hin, dass es auf eine Kenntnisnahme und nicht auf eine Beschlussfassung rausläuft. Es ist immer schwierig, hier gute Lösungen zu finden, gerade bei solchen Sammelvorlagen. Die Hauptbetroffenen sind die Ladenbetreiber und auch wenn die Stadt viel in ein attraktives Stadtzentrum investiert, was den Ladenbesitzern zugute kommt. Aber es ist nicht so einfach dahin zu kommen. Ein weiteres Problem ist der Missbrauch der Gratisparkstunde, was seit Jahren ein Problem ist. Auch bereits mehrfach diskutiert wurde die Tarifierung in den Parkhäusern. Ein Parkleitsystem macht nur bei einer flächendeckenden Einführung Sinn, weshalb gespannt auf die Vorschläge der Stadt gewartet wird. Die Parkhäuser sind leider oftmals nicht genügend attraktiv, da sie zu eng gebaut oder zu weit vom Zentrum entfernt sind. Es wird schwierig in Liestal etwas umzusetzen, was es rundherum nicht gibt. In den umliegenden Gebieten kann man oft gratis parkieren, was in Liestal so fast nicht möglich ist. Das Thema wurde kontrovers diskutiert und zu vielen Punkten konnte keine Mehrheit gefunden werden. Und so kam es zum vorliegenden Bericht, zu welchem es sicher noch viel zu diskutieren gibt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt für die Mitte-Fraktion Stellung und eröffnet dem Rat die geteilte Meinung zum Parkierungskonzept innerhalb der Fraktion. Die grundsätzliche Stossrichtung wird von der Fraktion begrüsst, dass man den Privatverkehr und die Autos in die Parkhäuser lenkt. Es bestehen aber erhebliche Zweifel daran, ob das vorgeschlagene Konzept in der Praxis auch standhält. Die Lösung liegt nicht darin, oberflächliche Parkplätze einfach teurer zu machen. Denn die privaten Parkhäuser können einer solchen Preiserhöhung durch die Stadt nachziehen, so dass ihr Gewinn maximiert wird. Bevor die Gebühren geändert werden, muss also zwingend mit den Parkhausbetreibern eine Lösung gefunden werden, die sicherstellt, dass Parkhäuser deutlich günstiger sind als das Oberflächenparking. Nur so ist die beabsichtigte Lenkungswirkung wirklich erreichbar. Mit dem einseitigen Erhöhen der Gebühren auf öffentlichem Grund wird das sehr fraglich sein und das Liestaler-Gewerbe nachhaltig gefährden. Die Situation ist schwierig, was vorwiegend auf Fehlern in der Vergangenheit beruht. Daher muss man in diesem Punkt noch einmal hinter die Bücher, denn ist der Schaden einmal angerichtet, lässt er sich nicht mehr so einfach beheben. Auch ist die Fraktion skeptisch gegenüber einer Regelung, die das Parkieren in den Quartieren verhindern sollen, da viele Liestaler keine eigene Garage haben und nirgends sonst parkieren können. Dies ist der Attraktivität von Liestal sicher nicht zuträglich. Im Parkierungskonzept wird das Problem der illegalen Parkkarten, welches mit dem Postulat eingereicht worden ist, nur am Rande erwähnt, indem lapidar festgestellt wird, dass die Rechtsgrundlage fehlt. Darauf wurde aber bereits im Postulat hingewiesen. Man könnte von dem Konzept erwarten, entweder die nötigen Rechtsgrundlagen zu schaffen oder aber die rechtswidrige Praxis abzuschaffen. Dies ist sicher eine Aufgabe, die dem Stadtrat obliegt, weshalb das Konzept auch nur zur Kenntnis zu nehmen ist. Im Sinne einer inhaltlichen Botschaft wird die Mitte-Fraktion dem vorliegenden Konzept keine Kenntnisnahme geben und auch die Postulate mehrheitlich nicht abschreiben.

Patrick Mägli (SP) erinnert sich an die jahrelangen Diskussionen rund um die Parkplätze in Liestal. Jetzt hat der Stadtrat erstmals ein umfassendes und wegweisendes Parkraumkonzept vorgelegt und die SP-Fraktion begrüsst dieses gute und pragmatische Papier. Das Papier zeigt auch Chancen für die Weiterentwicklung des Städtchens als attraktiver Einkaufs-, Wohn- und Aufenthaltsort auf. Die Analyse zeigt, dass grundsätzlich genügend Parkplätze vorhanden

sind, aber nicht immer ideal gelegen sind. Das Konzept bietet einige Ideen zur Problemlösung. Ein gutes Parkleitsystem kann dazu beitragen, dass die Parkplätze effizienter genutzt werden und der Suchverkehr eingedämmt wird. Die SP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, das bereits beschlossene Parkleitsystem möglichst bald umzusetzen. Auch den Vorschlag, die Parkplätze im Städtchen nur noch für eine halbe Stunde vorzusehen und die Gratisparkstunde abzuschaffen, wird von der Fraktion begrüsst. Mit der massvollen Reduktion der Parkplätze am Zeughausplatz und am Fischmarkt ist die Fraktion ebenfalls einverstanden, da dies zu einer erheblichen Aufwertung führen kann. In der Allee ist die Fraktion ebenfalls für die Aufhebung der Parkplätze. Die Idee für die Einrichtung von Parkplätzen für elektrische Fahrzeuge sowie übrigen Punkte des Konzeptes werden ebenfalls unterstützt. Die SP-Fraktion nimmt das Parkplatzkonzept einstimmig zur Kenntnis und schreibt die beiden Vorstösse ab.

Thomas Eugster (FDP) dankt für den umfassenden Bericht. Das Parkplatzkonzept ist ein heisses Thema. Der Bericht des Stadtrates wurde genau gelesen und diskutiert. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass das Auto nach wie vor ein beliebtes Transportmittel ist. Auch in Liestal steigen die Autozahlen, weshalb es wichtig ist, genug und gut gelegenen Parkraum zu haben. Das Problem liegt in der Auslastung des vorhandenen Parkraums, welche vermutlich in der verfehlten Preispolitik der Parkhäuser und deren engen Bauweise gründet. Die meisten Parkhäuser sind halt schon sehr gebrauchsunfreundlich und nur mit gesalzenen Preisen nutzbar. Das Parkieren in den Aussenquartieren ist sicher kein Thema, im Zentrum hingegen schon. Was wirklich benötigt wird, ist das lange ersehnte Parkleitsystem, welches wiederum aber nur Sinn ergibt, wenn die Oberflächenparkplätze in den Zentrumszonen 1 und 2 auch inkludiert sind, was technisch sicher auch möglich ist. Weiter ist die FDP der Meinung, dass man über die maximale Parkdauer in den Zentrumszonen sprechen kann und eine Reduktion von 3 auf 2 Stunden machen könnte. Gerade im Bereich der Laufkundschaft muss man den Wechsel steigern. Die Dauerparkierer muss man mit einem stärkeren Vollzug bekämpfen. Es ist aber unerlässlich mit den Parkhausbetreibern neu zu verhandeln, damit deren Preise sinken. Die Fraktion unterstützt eine einheitliche Regelung der Tarife nur dann, wenn diese auch sinken. Eine Reduktion der Parkplätze in der Zentrumszone kommt für die Fraktion nur in Frage, wenn die übrigen erwähnten Punkte Erfolg haben oder wenn es konkrete bauliche Aufwertungen gibt, die eine Reduktion rechtfertigen. Das Ersatzabgabereglement hat für die FDP-Fraktion keinen grossen Umsetzungszeitdruck, da es keine grosse Rolle spielt und wohl auch künftig nicht sein wird. Das Postulat zu den Parkkarten wurde im Bericht überhaupt nicht beantwortet. Aus diesen Gründen wird das Postulat nicht abgeschrieben und der Bericht durch die FDP-Fraktion nicht zur Kenntnis genommen.

Dominik Beeler (GL) hält sich kurz und stellt fest, dass die Grüne Fraktion das Konzept als erster Schritt in die richtige Richtung begrüsse. Allerdings muss die Stadt Liestal bei den Instrumenten zur Steuerung, die man ja auch haben will, aufpassen, dass keine Abhängigkeit geschaffen wird. Das Ziel muss eine Aufwertung der Allmend sein. Die Konkurrenz zwischen dem Zentrum und dem Aldi-Parkplatz ist ebenfalls etwas absurd. Er glaubt, der Mehrwert des Zentrums ist mehr wert, als ein billiges Parkieren. Auch muss gesehen werden, dass das Gewerbe nicht ausschliesslich von Autokunden lebt. Erfreulich ist auch, dass die BPK die Informationen zur Veloparkierung nachgeliefert haben will, welche im Bericht gefehlt haben und gleichzeitig eine Klärung damit zusammenhängender Erschliessungsfragen verlangt. Die Grüne-Fraktion ist für die Kenntnisnahme des Berichts und Abschreibung des Postulats.

Hanspeter Meyer (SVP) schliesst sich den Aussagen von Stefan Fraefel und Thomas Eugster an und ergänzt, dass er gewisse Aussagen im Bericht so nicht stehen lassen kann. Beispielsweise heisst es, es sei kein Wunschkonzert der KMU. Mit solchen Aussagen kann man das Gewerbe gleich ganz kaputt machen, selbstverständlich dürfen diese auch mitdiskutieren und ihre Bedürfnisse anmelden. Zudem wird gesagt, es müsse in erster Linie der Verkehr vermindert werden. Hierzu bleibt zu sagen, dass die umliegenden Gemeinden den zusätzlichen Verkehr zu den Einkaufszentren gerne in Kauf nehmen. Das Grosseinkäufe dort gemacht werden, wo es billige Parkplätze gibt, hält er für etwas diskriminierend. Und die Aussage, dass in Liestal im Einzelverkauf mehr ausgegeben wird, stimmt so einfach nicht. Der letzte Punkt, der ihn

gestört hat ist die Aussage „wer in die Stadt kommt, soll etwas bezahlen“. Mit Kosten hat er grundsätzlich kein Problem, aber dafür braucht es eine vernünftige Preisstruktur, denn sonst kommen die Leute sicher nicht nach Liestal. Die SVP-Fraktion ist gegen die Abschreibung der Vorstösse.

Schneider Domenic (CVP/EVP/GLP) erinnert ebenfalls an die lange Geschichte der Parkplatzproblematik in Liestal. Bei den hier getroffenen Entscheidungen muss immer bedacht werden, dass es breiter zu denken gilt. Auch er ist dafür, dass es weniger Verkehr in Liestal gibt, aber das wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Deshalb muss versucht werden, die verschiedenen Verkehrsarten miteinander in Einklang zu bringen. Er selbst hat mittlerweile mit einigen Ladenbesitzern gesprochen, welche bestätigen, dass fehlende Autokunden auch entsprechende Umsatzeinbussen mit sich bringen. Wenn Liestal anders gestaltet werden kann, indem es keine Oberflächenparkplätze mehr gibt und es vernünftig zahlbare unterirdische Parkplätze hat, dann würde das vielleicht Sinn machen. Das sind aber ziemlich umfangreiche Diskussionen, zu welchen im Bericht leider ein zwei Punkte fehlen.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich für die intensive Diskussion einerseits in der BPK und andererseits jetzt im Einwohnerrat, die er auch so erwartet hat. Er hat zugehört und nimmt die Informationen mit, um daran weiter arbeiten zu können. Er weist darauf hin, dass nicht einmal erwähnt wurde, dass der Stadt mit der Gratisparkstunde jährlich etwa 450'000 Franken verloren gehen. Schliesslich weist er auch darauf hin, dass er mit KMU nicht den Verein KMU Liestal meint. Die meisten Einwohnerratsmitglieder sprechen beim Begriff KMU immer vom Verein, obwohl es viele andere KMU gibt, die einen Mehrwert schaffen. Er ermahnt dazu, auch zu überlegen, woher denn die Detaillisten in Liestal kommen und wo sie effektiv Steuern bezahlen. Auch spricht er offen die Situation am Fischmarkt an, wo es gewöhnlich ist, nach 3 Stunden das geparkte Auto umzustellen. Zu den Tarifen bleibt zu sagen, dass Besitzer von teuren Autos sicher auch einen Franken mehr für den Parkplatz bezahlen können.

Werner Fischer (FDP) spricht nicht in seiner Funktion als BPK-Präsident, wenn er sagt, dass Kunden nicht erzogen werden können. Zudem schätzt es ein Kunde oder ein Gast in Liestal, wenn er etwas gratis erhält, ähnlich wie bei einem Amuse-Bouche im Restaurant. Er bittet daher den Stadtrat, bei den Parkgebühren wirklich Augenmass walten zu lassen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) mahnt, die noch ausstehenden Wortmeldungen hinsichtlich des baldigen Sitzungsschlusses kurz zu halten, damit rasch zur Abstimmung übergegangen werden kann. Die Meinungen scheinen gemacht zu sein.

Thomas Eugster (FDP) stellt eine Verständnisfrage zu den im Konzept und Bericht erwähnten Tarifen. Diese sind ja nicht zufällig zustande gekommen und liegen, anders als Stadtrat Daniel Muri gesagt hat, deutlich über einem Franken. Er stellt sich also die Frage, wie die im Bericht genannten Tarife zu verstehen sind und erhofft sich klärende Worte dazu.

Bernhard Bonjour (SP) äussert sein Erstaunen über Votanten, die sich für die KMU in die Bresche werfen wollen und sagen, wie unbequem es doch für Autofahrer in Liestal ist. Er selbst geht mit dem Auto hier in Liestal einkaufen, findet das unglaublich bequem und findet auch immer einen Parkplatz. Liestal ist ganz gewiss ein attraktives Einkaufszentrum.

Stefan Fraefel /CVP/EVP/GLP) erwidert, dass er es auch attraktiv findet, in Liestal einkaufen zu können. Noch. Das ist der Punkt. Er verdeutlicht, dass weder er noch die Mitte-Fraktion verlangen, dass die Parkplätze zwingend gratis sein müssen, aber es muss günstig sein und vor allem günstig in den Parkhäusern, damit der Lenkungseffekt eintritt. Abschliessend weist auch er darauf hin, dass Leute nicht erzogen werden können.

Natalie Oberholzer (GL) fühlt sich durch die Aussagen diskriminiert, dass Kunden verscheucht werden und das Gewerbe kaputt geht, da sie eine autofrei lebende Person ist. Sie geht quasi nur in Liestal einkaufen und fragt sich, weshalb die FDP Velofahrende nicht zu den Kunden zählt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wort-begehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen vom Parkplatzkonzept gemäss Vorlage Nr. 2020/202a Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2016/23 „Parkraumkonzept für Liestal“ wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

://: Das Postulat Nr. 2019/149 „Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen“ wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt fest, dass keine neuen Vorstösse eingereicht wurden, welche von den Verfassern gemäss § 45 des Geschäftsreglementes noch mündlich begründet werden könnten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann